

Alan Posener

Religion – ein Integrationshindernis?

Die Einwanderer gelten als unzivilisiert. Statt sich Chancen in der neuen Heimat zu erarbeiten, bilden sie Parallelgesellschaften. Die Männer, so heißt es, seien oft arbeitsscheu, auf die Wohlfahrt angewiesen und in der Verbrecherstatistik überdurchschnittlich stark vertreten. Die Frauen, ungebildet und erniedrigt, bekommen überdurchschnittlich viele Kinder, was der Elite Angst macht. Schlimmer als die soziale Misere ist für die Mehrheitsgesellschaft die Tatsache, dass diese Einwanderer einer Religion anhängen, die sich dem Kampf gegen die Moderne und die Demokratie verschrieben hat und die Gläubigen in ihrer Rückständigkeit bestärkt. Die Rede ist natürlich von den irischen Einwanderern in den USA und der katholischen Kirche. Wenn wir uns heute fragen, ob der Islam ein Hindernis für die Integration ist, können die Erfahrungen der Katholiken in den USA – bei allen Unterschieden – lehrreich sein.

Ob der Katholizismus die Integration der Iren und der Italiener im 19., der Polen im 20. und der Hispanics im 21. Jahrhundert behinderte und behindert, ist heute, wo die Katholiken die größte Einzelkonfession der USA bilden und weiße Protestanten zum ersten Mal in der Geschichte in der Minderheit sind, immer noch umstritten. Erst Mitte des 20. Jahrhunderts wurde mit dem Wahlsieg des irischstämmigen John F. Kennedy die Frage geklärt, ob ein Katholik Präsident dieses von einer angelsächsisch-protestantischen Elite gegründeten Landes sein könne, ob also der Katholizismus wirklich zu Amerika gehöre.

Das leugnete etwa der Freimaurer Elmer E. Rodgers bei einer Anhörung vor dem Repräsentantenhaus 1947. Die amerikanischen Katholiken würden vom Vatikan gesteuert, sagte er, dem es darum gehe, »unsere Freiheiten zu zerstören und ihre Theokratie als Weltregierung weiter auszudehnen«. 13 Jahre später wurde Kennedy nicht nur von Spinnern verdächtigt, nicht der Kandidat der Demokraten, sondern des Vatikans zu sein. Ramsey Pollard, Präsident der »Southern Baptist Convention«, wollte »nicht schweigen, wenn sich ein von der katholischen Kirche kontrollierter Mann um die Präsidentschaft bewirbt«. Die »National Association of Evangelicals«, die 34 verschiedene Einzelkirchen vertrat, bezweifelte, dass ein katholischer Präsident »dem Druck der Kirchenhierarchie« widerstehen könne oder wolle. Auch der »American Council of Christian Churches« verabschiedete eine Resolution gegen Kennedy.

»Es gibt einen alten Spruch in Boston«, sagte Kennedy 1947: »Unsere Religion kriegen wir aus Rom, unsere Politik von hier.« Das hat natürlich schon damals nicht gestimmt. Dass sein Vater Joseph Kennedy Antisemit und Anhänger der Appeasement-Politik gewesen war, hatte mit der Politik von Papst Pius XII. zu tun. Unter dem Einfluss der katholischen Soziallehre begann John F. Kennedy seine politische Karriere als Konservativer; auch sein Flirt mit dem McCarthyismus hat mit seinem Katholizismus zu tun. Als Antwort auf seine protestantischen Kritiker stellte Kennedy 1960 jedoch die Verfassung über die Religion: »Welcher Religion einer auch immer in seinem Privatleben anhängen mag, für den Amtsinhaber geht nichts über seinen Eid, die Verfassung in allen ihren Teilen zu schützen – einschließlich des ersten Verfassungszusatzes« (der die Einrichtung einer Staatsreligion verbietet und gleichzeitig die freie Religionsausübung garantiert, A.P.) »und der strikten Trennung von Kirche und Staat«. Dazu schrieb die Wochenzeitschrift der Jesuiten: »Mr. Kennedy glaubt nicht wirklich daran. Kein religiöser Mensch, sei er Katholik, Protestant oder Jude, hat eine solche Meinung.« Richtig.

Wir berühren hier nämlich einen Kernpunkt der Diskussion um das Verhältnis von Religion und Staat und damit von Religion und Integration; einen Bereich, der vielen nichtreligiösen Menschen – zu denen ich mich zähle – verschlossen bleibt, weshalb sie darauf mit Unverständnis und Ärger reagieren. Es geht um die Forderung, »Gott mehr zu dienen als den Menschen«, wie es Papst Benedikt XVI. formulierte. Diese Forderung ist einerseits in unsere Kultur eingeschrieben. Wir feiern den Ungehorsam der Antigone,

*Jede abrahamistische
Religion hat einen
nicht-integrierbaren
Kern*

den Aufstand der Juden gegen Rom, das Martyrium der frühen Christen und den christlichen Widerstand gegen Hitler. Aber wir neigen andererseits dazu, diesen Widerstand politisch misszuverstehen und zu werten. Martin Niemöller und Clemens August von Galen bewundern wir als Gegner des Nationalsozialismus; die christlichen Widersacher der Revolutionen in Frankreich, Russland oder China oder der sowjetischen Unterwerfung Osteuropas weniger. Schon gar nicht begreifen wir Symbole wie das muslimische Kopftuch und dergleichen als Ausdruck eines legitimen religiösen Vorbehalts gegen bloß menschliche Satzungen, und seien sie noch so demokratisch zustande gekommen. Auch bei der Frage der Beschneidung, wo das Recht auf freie Religionsausübung mit dem Recht auf körperliche Unversehrtheit kollidiert, wurde und wird deutlich: Jede abrahamistische Religion – im Gegensatz zu den Staatsreligionen der Antike – hat einen nicht-integrierbaren Kern.

Bleiben wir doch kurz bei den amerikanischen Katholiken. Noch im 21. Jahrhundert verlangt Samuel P. Huntington, der den Begriff »Kampf der Kulturen« geprägt hat, in seinem Buch *Who We Are* von katholischen Einwanderern in die USA – er meint die Hispanics aus Lateinamerika – »totale Assimilation« an die »anglo-protestantische Gesellschaft« als Voraussetzung des Bürgerrechts. Denn die amerikanische Demokratie sei mehr als bloß Regeln und Gesetze; sie setze eine bestimmte Auffassung vom Individuum, seiner Selbstverantwortung und Selbstbestimmung voraus, ganz zu schweigen von der Arbeitsmoral und Disziplin, die zutiefst im Geist des Protestantismus verankert, aber der katholischen Kultur fremd seien.

Die Frage der Integration, so verstanden, wird zur Lenin'schen Frage »Wer – wen?«. Wer integriert, wer wird integriert? Kann die Mehrheit die totale Assimilation der Minderheit verlangen? Und tut sie das nicht, kann sie dann realistisch erwarten, dass sie selbst und die von ihr geprägte Gesellschaft unverändert bleiben? Die jüngere Geschichte legt einige Antworten nahe. So hat sich keine Gruppe stärker, ja bis zur Selbstverleugnung assimiliert als es die deutschen Juden nach der Emanzipation taten. Eigentlich waren sie unsichtbar. Und gerade dadurch zogen sie das Misstrauen und den Hass der Mehrheitsgesellschaft auf sich. So beschreibt Adolf Hitler seine Konversion zum Antisemiten: »Als ich einmal so durch die innere Stadt strich, stieß ich plötzlich auf eine Erscheinung in langem Kaftan mit schwarzen Locken. Ist dies auch ein Jude? war mein erster Gedanke. So sahen sie freilich in Linz nicht aus.« Dort nämlich hatte sich »im Laufe der Jahrhunderte ihr Äußeres europäisiert und war menschlich geworden; ja, ich hielt sie sogar für Deutsche«. Hitler »beobachtete den Mann verstohlen und vorsichtig, allein je länger ich in dieses fremde Gesicht starrte und forschend Zug um Zug prüfte, umso mehr wandelte sich in meinem Gehirn die erste Frage zu einer anderen Frage: Ist dies auch ein Deutscher? Wo immer ich ging, sah ich nun Juden, und je mehr ich sah, umso schärfer sonderten sie sich für das Auge von den anderen Menschen ab.«

Gewiss, Hitler spricht hier von Rasse, nicht Religion. Jedoch dürften viele Menschen in Deutschland die Erfahrung gemacht haben, dass sie vor 9/11 für ihre Umwelt

Türken, Iraker oder Iraner gewesen seien, danach aber zu Muslimen mutierten. Osama bin Laden wurde für viele Deutsche das, was der »Kaftanjude« für Hitler war – die Gestalt, die ihnen den fremden Blick, den Blick auf den Anderen als Fremden aufdrängte. Bald schossen »Islam-Experten« aus dem Boden, die nachwiesen, dass der Koran mit der Moderne unvereinbar sei, dass dem Islam eine Reformation fehle und so weiter. Ist also der Islam ein Hindernis für die Integration? Insofern er von einem nicht unbedeutenden Teil der Mehrheitsgesellschaft so gesehen wird: auf jeden Fall.

Es ist auch kein Zufall, dass zwar die Aktivisten gegen die »Islamisierung des Abendlandes« eher von rechts kommen, obwohl im Osten viele ehemalige Anhänger der Linkspartei darunter sind, dass aber das einflussreichste Buch gegen die Zuwanderung von einem Sozialdemokraten geschrieben wurde. Thilo Sarrazin bemühte zwar krude Theorien, um seine eugenische Vision eines Sieges der blonden Akademikerinnen im Gebärwettstreit mit den dunkelhaarigen Gemüsehändlerfrauen zu unterfüttern. Aber es ist klar, dass die soziale Basis des sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaats eigentlich die religiös indifferente, aber restprotestantische Gesellschaft Nordeuropas ist. Schon in Bayern funktioniert das nicht. Es ist ebenso wenig Zufall, dass die CDU am klügsten mit den Muslimen umgeht, die sie weder – wie die SPD und DIE GRÜNEN – als Objekte der Fürsorge und des *social engineering* betrachtet, noch – wie die FDP etwa – abstrakt als Staatsbürger, und schon gar nicht wie die AfD als Bedrohung, sondern als Gruppe, deren Religiosität, wie es mit dem Christentum in der Bundesrepublik geschah, für Gesellschaft und Staat nutzbar gemacht werden kann.

Sarrazin ist eigentlich Nachfolger des »weißen Revolutionärs« Bismarck, dessen verheerender »Kulturkampf« gegen die katholische Kirche die deutschen Demokraten um Jahrzehnte zurückwarf und ein Misstrauen der deutschen Katholiken gegen das Reich begründete, das noch Hitlers Aufstieg begünstigte und im bayerischen Poltern gegen Berlin als Farce fortlebt. Katholiken vergessen überdies nicht, wie sie als Flüchtlinge aus dem Osten nach 1945 in protestantischen Gegenden mit offener Feindschaft empfangen wurden. Noch 1964 stellte der Protestant Georg Picht »das katholische Mädchen vom Lande« als Verkörperung der »deutschen Bildungskatastrophe« dar.

Kein Wunder, dass Sarrazin von Muslimen Zuspruch erhielt, die Bewunderer des »weißen Revolutionärs« Kemal Atatürk sind. Von Bismarck beeinflusst, wollte der »Vater der Türken« das Türkentum und den Nationalismus anstelle religiöser Loyalitäten – den Staat anstelle der Moschee – setzen. In der ganzen muslimischen Welt machte er Schule. Freilich ist das Konzept gescheitert; in Syrien wird gerade der letzte blutige Akt dieses Dramas gespielt. Das Versagen des Kemalismus, Panarabismus, Baathismus und so weiter hat aber erst den Aufstieg des politischen Islam hervorgerufen.

Noch einmal also: Ist die Religion ein Hindernis für die Integration? Ja, wenn unter Integration schlicht An- und Einpassung gemeint ist; wenn die Vision der multikulturellen Gesellschaft sich erschöpft in der Vorstellung, alles solle wie früher unter Helmut Schmidt sein, nur mit Döner. Die massenhafte Einwanderung von Muslimen verändert die deutsche Gesellschaft, und wer das nicht will, sollte ehrlich genug sein, gegen Zuwanderung zu sein, und nicht mehr Mittel für die Integration fordern. Noch so viele zusätzliche Sozialarbeiter, Lehrer, Polizisten etc., so notwendig sie sind, werden die kulturell-religiösen Prägungen von Jahrhunderten nicht in wenigen Jahren aus den Köpfen kriegen. Und wer die geistig-moralischen Verheerungen betrachtet, die der von den Kommunisten geführte Kulturkampf in der DDR hinterlassen hat, kann das auch nicht wollen. Das dauert; das ist ein Prozess, bei dem sich beide Seiten verändern; und der Ausgang ist offen.

In seinem Roman *Unterwerfung* beschreibt Michel Houellebecq eine mögliche Folge der Einwanderung: die Entstehung einer Partei des politischen Islam, deren Eintreten in die Regierung und die allmähliche Islamisierung der Gesellschaft. Das Buch ist zu Unrecht als Warnung gelesen worden. Houellebecq sieht den Islam ähnlich, wie manche Intellektuelle den Katholizismus um die Wende des 19. zum 20. Jahrhundert sahen: als Alternative zu einer als geistlos, materialistisch, oberflächlich, sexbesessen und würdelos empfundenen kapitalistischen Gesellschaft; und in seinem Roman unterwerfen sich die Menschen freiwillig der süßen Verführung der Religion. Ist das ein mögliches Szenario? Ja.

Die Gesellschaft bewegt sich – auch ohne Zuwanderung übrigens – nicht automatisch auf jenen sedierte Zustand zu, den Nietzsche als »die letzten Menschen« bezeichnete und Francis Fukuyama als das »Ende der Geschichte«. Auf die libertäre und religiös indifferente Gesellschaft des 18. Jahrhunderts folgte in England der präde und protestantisch geprägte Viktorianismus; das war vielleicht der Preis für die Industrialisierung und den sozialen Fortschritt, das Korsett, das die Gesellschaft brauchte, um nicht an ihren Fliehkräften zugrunde zu gehen. In der Bundesrepublik war die Nachkriegszeit geprägt von reuiger Rückkehr zur Religion nach der Libertinage von Weimar und dem mörderischen Paganismus des Nationalsozialismus; unter dem Deckmantel dieser »Restauration« trieb Adenauer die Modernisierung voran. In Lateinamerika, wo Nationalismus und Marxismus krachend gescheitert sind und die katholische Kirche durch ihre Verbindung zu den korrupten Eliten diskreditiert ist, setzen viele Aufsteiger auf evangelikale Kirchen nordamerikanischer Prägung mit ihrer Botschaft der Hilfe zur Selbsthilfe und des Lohns der Tüchtigen schon im Diesseits. In der Türkei, Teilen Afrikas und Amerikas und zunehmend auch in Europa erfüllt die Gülen-Bewegung für aufstiegsorientierte Muslime eine ähnliche Funktion.

Kommen wir zum Schluss auf die katholische Erfahrung in den USA zurück. Ende des 19. Jahrhunderts entstand dort eine Häresie, der »Amerikanismus«, gegen den Papst Leo XIII. eine Enzyklika richtete. Es handelte sich in der Tat um eine Amerikanisierung des Katholizismus: die Betonung der Arbeit, der guten Werke, der Selbsterziehung und Selbstverbesserung. Der Papst mochte dagegen wettern, aber Aufsteiger wie die Kennedys haben den Amerikanismus internalisiert. Er entsprach ihren Bedürfnissen, eine neue Form der alten Religion für eine neue Welt. Wir dürfen auf den »Europäismus« im Islam gespannt sein, und auf die islamischen Kennedys, die er hervorbringen wird.



Alan Posener

ist Korrespondent für Politik und Gesellschaft bei der Welt-Gruppe. Zuletzt erschien bei Rowohlt: *John F. Kennedy. Biographie* (2013).

alan.posener@wams.de